



Bundesregierung und Initiative D21 starten Beteiligungsprozess zur Nutzung von offenen Verwaltungsdaten

Bundesregierung und Initiative D21 starten Beteiligungsprozess zur Nutzung von offenen Verwaltungsdaten
Am heutigen Tag startet das Bundesministerium des Innern in Kooperation mit der Initiative D21 eine Online-Plattform, mit der in den kommenden vier Wochen Ideen für die Verwendung offener Daten der Bundesverwaltung gesammelt werden sollen. Die Online-Ideensammlung findet im Rahmen der Umsetzung des Open-Data-Aktionsplans der Bundesregierung statt. In diesem Aktionsplan hat sich die Bundesregierung verpflichtet, gemeinsam mit den potentiellen Nutzern besonders relevante Daten zu identifizieren und - soweit möglich - prioritär zur Verfügung zu stellen. Dabei liegt der Fokus auf den Themenbereichen "Verkehr und Mobilität", "Energiewende", "Klimawandel und Klimaschutz", "demographischer Wandel", "(Netz-) Infrastrukturen" sowie "öffentliche Einnahmen und Ausgaben".
Die Bereitschaft, Daten offen zu legen, ist für viele noch neu. Überzeugen können hier vor allem Beispiele, die zeigen, wie mit der Auswertung oder Verknüpfung bereitgestellter Daten Informationsbedürfnisse befriedigt oder neue Erkenntnisse gewonnen werden können. Wir wollen die Chancen offener Daten erlebbar machen und so auch für das Öffnen weiterer Datensätze werben. Das gelingt nicht von alleine. Hier sind die Mitarbeiter der Verwaltung ebenso gefordert, wie Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien", so die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, Cornelia Rogall-Grothe.
Der Start der Online-Phase ist der Auftakt einer Reihe von Beteiligungsangeboten. So sollen die Ergebnisse nach Abschluss der ersten Online-Phase in mehreren Workshops mit Vertretern der fachlich betroffenen Behörden sowie interessierten Teilnehmern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft diskutiert werden. Ziel der Workshops ist es, gemeinsam an Anwendungsbeispielen für offene Daten zu arbeiten, Fragen zur Datenbereitstellung zu diskutieren und so einen Austausch der verschiedenen Akteure zu fördern. Die Ergebnisse der Workshops sollen dann in einer weiteren Online-Phase präsentiert und zur Diskussion gestellt werden.
Die Ideensammlungs-Plattform und weiterführende Informationen zum Beteiligungsprozess finden Sie unter www.open-data-aktionsplan.de.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D-10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.